

# Regierungsratsbeschluss

vom 25. Februar 2013

Nr. 2013/334

KR.Nr. A 163/2012 (DDI)

## **Auftrag FDP.Die Liberalen: Massnahmen zur Stärkung der Eigenverantwortung (06.11.2012); Stellungnahme des Regierungsrates**

---

### **1. Vorstosstext**

Der Regierungsrat wird beauftragt, Massnahmen zu erarbeiten um die Sozialhilfequote im Kanton Solothurn zu senken.

### **2. Begründung**

Gemäss Semesterbericht 2012 wird das Ziel, die Sozialhilfequote zu senken, in diesem Jahr voraussichtlich nicht erreicht (Indikator 311). Dies trotz guter Konjunkturlage.

Die Sozialkosten sind in den letzten Jahren massiv gestiegen. Der finanzpolitische Spielraum der Gemeinden und des Kantons werden durch solche Entwicklungen zunehmend eingeschränkt. Die Diskussion über steigende Sozialkosten sollte sich künftig nicht mehr nur darum drehen, wer die Kosten zu tragen hat, sondern es muss versucht werden, den Anstieg zu bremsen. Eine nachhaltige Lösung dieses Problems kann nur darin gesucht werden, dass die Eigenverantwortung gestärkt wird.

Gewisse Entwicklungen deuten auch darauf hin, dass der Kanton Solothurn für Sozialhilfebezüger als attraktiver Wohnkanton gilt. Angeblich ziehen Sozialhilfebezüger aus dem Kanton Zürich in den Kanton Solothurn. Die finanziellen Folgen einer solchen Entwicklung führen bereits mittelfristig zu einer Schwächung des Standorts Kanton Solothurn. Aufgrund dieser Situation sollte auch geprüft werden, ob die Sozialhilfe im Kanton Solothurn nicht zu grosszügig gewährt wird.

### **3. Stellungnahme des Regierungsrates**

#### **3.1 Sozialhilfequote und Kostenentwicklung**

Die Auswertung der Schweizerischen Sozialhilfestatistik für den Kanton Solothurn zeigt folgende Entwicklung der Sozialhilfequote seit dem Jahre 2006:

2006	2.1%
2007	2.8%
2008	2.5%
2009	2.8%
2010	3.1%
2011	3.2%

Die im 2006 erhobene Quote dürfte dabei nicht ganz repräsentativ sein, da die Datenqualität zu Projektbeginn noch nicht auf dem heutigen Stand war. Auch der Rückgang im 2008 ist mit Vorbehalt zu geniessen, da erst 2009 eine Vollerhebung hat eingeführt werden können.

Seit dem Jahre 2004 wird der Lastenausgleich über 100% der anerkannten Sozialhilfeausgaben geführt. Bis 2003 trugen die jeweiligen Einwohnergemeinden einen Eigenanteil von 30%. Seit dem Jahre 2004 haben sich die Kosten wie folgt entwickelt:

2004	53.4 Mio. Franken.
2005	67.1 Mio. Franken.
2006	74.8 Mio. Franken
2007	77.5 Mio. Franken (rund 82 Mio. Franken mit Nachforderungen aus Vorjahren)
2008	62.1 Mio. Franken
2009	64.4 Mio. Franken
2010	70.4 Mio. Franken
2011	75.2 Mio. Franken

Die Abnahme von 2007 auf 2008 ist darauf zurück zu führen, dass die Finanzierung im Bereich Alter / Pflege sowie im Bereich Straf- und Massnahmenvollzug von der Sozialhilfe losgelöst wurde.

Die Entwicklung der Anzahl Dossiers bzw. der Personen mit Leistungsbezug präsentiert sich seit 2007 wie folgt:

2007	4'361 Dossier	6'979 Personen
2008	3'828 Dossier	6'242 Personen
2009	4'356 Dossier	6'940 Personen
2010	4'930 Dossier	7'925 Personen
2011	5'153 Dossier	8'111 Personen

### 3.2 Ursachen

Die statistischen Angaben zeigen, dass die Sozialhilfequote, die Anzahl Bezüger und die Sozialhilfeausgaben deutlich zugenommen haben. Mittlerweile liegt der Kanton Solothurn hinsichtlich der Sozialhilfequote leicht über dem schweizerischen Durchschnitt von 3%. Diese Entwicklung bereitet Sorge, zumal auch im Jahre 2012 keine Hinweise gegeben sind, dass der Trend gebrochen worden wäre. Entsprechend hat das Amt für soziale Sicherheit nach der Publikation der statistischen Zahlen aus dem Jahre 2011 im Dezember 2012 begonnen, die Gründe für die Fallzunahme und Kostensteigerung zu identifizieren. Gegenwärtig läuft dazu auch eine Umfrage bei den regionalen Sozialdiensten. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind entsprechend erst Erklärungsansätze vorhanden. Folgendes steht dabei im Fokus:

- Alleinerziehende stellen nach wie vor eine grosse und wachsende Gruppe in der Sozialhilfe dar. Die Vereinbarkeit von Beruf und Betreuungsaufgaben ist ein ungelöstes Problem.
- Der Anteil von Personen zwischen 46 und 64 Jahren wächst auffällig. Vermutlich finden diese Menschen aufgrund ihres Alters weniger rasch wieder eine Anstellung. Bestehende Ausbildungslücken dürften das Problem noch verstärken, da einfacher strukturierte Tätigkeiten mehr und mehr schwinden.
- Die härtere Gangart bei den Sozialversicherungen sowie die letzte Revision der Arbeitslosenversicherung führen zu einer Zunahme der Fälle in der Sozialhilfe. Zudem zeigen sich die Folgen der letzten Konjunkturschwäche und Firmenschliessungen im Kanton Solothurn. Diese erscheinen in der Sozialhilfe wegen der Leistungen der Arbeitslosenversicherung stets um ein bis zwei Jahre verzögert.
- Die durchschnittliche Verweildauer in der Sozialhilfe hat zugenommen, was vermutlich ebenfalls mit den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zusammenhängt.

- Fremdplatzierungen von Kindern haben zugenommen.

Der Regierungsrat teilt die Auffassung, dass alle wirksamen Massnahmen ergriffen werden müssen, um die Ursachen für die Zunahme der Sozialhilfequote zu beseitigen oder zumindest abzuwachen. Dieses Problem ist auch bereits erkannt. So wird der Regierungsrat, wie in der Antwort auf die Interpellation Walter Gurtner (SVP) und auf den Auftrag der Fraktion FDP „Von der Schule in die Sozialhilfe“ bereits ausgeführt, in der Legislatur 2013 – 2017 eine übergeordnete, umfassend ausformulierte, kantonale Strategie zur Bekämpfung der Armut ausarbeiten. In dieser Strategie ist eine Zielsetzung zu formulieren, welche mit einem Katalog von Massnahmen erreicht werden soll. Als Beispiele für solche Zielsetzungen können genannt werden:

1. Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes erhalten.
2. (Re)Integrationsprojekte in den ersten Arbeitsmarkt fortführen.
3. Vereinbarkeit von Beruf und Familienpflichten verbessern, insbesondere bei Alleinerziehenden.
4. Unterstützung von Familien zwecks Verhinderung von Fremdplatzierungen.
5. Wirkungsvolle Suchtprävention.
6. Integration und Bildungsinvestition fördern, auch bei Menschen mit Migrationshintergrund.
7. Leistungen vergleichen (Benchmark).
8. Prinzip von Leistung und Gegenleistung verstärken.
9. Missbrauch verhindern.

#### **4. Antrag des Regierungsrates**

Erheblicherklärung mit folgendem Wortlaut:

Der Regierungsrat wird beauftragt, bei der Ausarbeitung einer übergeordneten, umfassend ausformulierten, kantonalen Strategie zur Bekämpfung der Armut in der Legislatur 2013 – 2017 Massnahmen zur Stärkung der Eigenverantwortung zu berücksichtigen.



Andreas Eng  
Staatschreiber

#### **Vorberatende Kommission**

Sozial- und Gesundheitskommission

**Verteiler**

Amt für soziale Sicherheit (4); CHA, HAN, STE, Ablage  
Aktuariat (SOGEKO)  
Parlamentsdienste  
Traktandenliste Kantonsrat